

# Zusammenleben der Verschiedenen in einer Welt der Verschiedenheiten

## Globalisierung als doppelte friedenspädagogische Bildungsaufgabe

Zumindest aus europäischer Sicht kann man das Zusammenleben der Verschiedenen in globalisierten Gesellschaften als die größte heutige Herausforderung ansehen. Dies bedeutet, dass die (europäischen) Gesellschaften eine sozial verträgliche, komplexe und weitsichtige Lösung für Migration, Mobilität und komplexe internationale Verflechtung finden müssen und dass endlich eine ehrliche, faire und planvolle Integrationspolitik gemacht werden muss. Ausgangspunkt ist dabei die Erkenntnis, dass Integration ein wechselseitiger Prozess ist, der Veränderungen aller – sowohl der »Neuankömmlinge« wie der »Alteingesessenen« – erfordert. Es schließt ferner auch neue ökonomische und politische Beziehungen zu den Staaten und Weltregionen ein, aus denen die MigrantInnen kommen, und bedeutet eine europäische Mitverantwortung für gesellschaftliche Verhältnisse, die ein gedeihliches Leben in allen Erd-

teilen ermöglichen. Anders gesagt, es geht um eine doppelte Integration – jene innerhalb unserer Gesellschaften und um die Integration unserer Gesellschaften in eine Weltgesellschaft. Das erfordert einen neuen Denkrahmen, der die alte Opposition von »Wir« versus »Die Anderen« auflöst. Stattdessen muss »Weltinnenpolitik« zum Leitprinzip werden, also der Gedanke, dass nicht Konkurrenz und Verdrängung, sondern nur ein Miteinander, das allen ein gutes Leben ermöglicht, langfristig auch das eigene gute Leben sichern kann. Dies ist natürlich auch eine Herausforderung für die Bildung.

Die europäische Bildungspolitik und der bildungspolitische Diskurs reagieren auf die Globalisierung mit einem Bündel von Maßnahmen, die im Lissabon-Prozess ihren sinnfälligsten Ausdruck finden. Die EU hat mit dem Lissabon-Prozess (2000) einen Aktionsplan entworfen, um innerhalb einer Dekade zur stärksten Wirtschaftsmacht der Welt aufzurücken, und definiert darin Bildung als wichtigste Ressource. Den praktischen Niederschlag der bildungspolitischen Optionen der EU kann man am besten als das PISA-Syndrom bezeichnen. Charakteristisch dafür ist der Versuch, die Qualität staatlicher Bildungssysteme besser

zu kontrollieren und sie möglichst zu verbessern, während gleichzeitig die Privatisierung und Kapitalisierung des Bildungswesens voranschreitet.

### Wenig beachtete Studien der UNO und der UNESCO

Neben der dominierenden PISA-Debatte existiert eine Reihe richtungsweisender Studien renommierter WissenschaftlerInnen über eine zukunftsorientierte Bildung, in denen das »friedliche Zusammenleben« der Weltgesell-

schaft im Vordergrund steht. Diese haben es allerdings, angesichts der medialen Überpräsenz der PISA-Debatte, bislang nicht ins öffentliche Rampenlicht und auch nicht in die politischen Debatten geschafft. Diese Studien, meist im Auftrag der UNO und der UNESCO aus-

gearbeitet, stellen eine bildungspolitisch höchst bedeutsame Reaktion auf die Globalisierung dar. Während die PISA-Debatte auf jene Basiskompetenzen abhebt, die in der heutigen Welt tendenziell alle Menschen brauchen, um Arbeit zu finden und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, fokussieren die UNESCO-Studien auf Werte und Kompetenzen, die für ein Zusammenleben in einer globalisierten Welt ausschlaggebend sind. Diese Befunde decken sich weitestgehend mit den Analysen, wie sie von der Friedensforschung selbst vorgelegt wurden.

Zu nennen ist zunächst der »Integrierte Rahmenaktionsplan zur Erziehung für Frieden, Menschenrechte und Demokratie«<sup>1</sup> (»Integrated framework of action on education for peace, human rights and democracy«) der UNESCO von 1995. Dieser Rahmenaktionsplan ist sehr bewusst als ein systematisches Programm entwickelt worden, das keinen Bildungsbereich auslässt. So heißt es unter Abschnitt IV, 23: »Auf allen Stufen des Bildungssystems sollte bei der Aus- und Fortbildung von Pädagogen (...) die

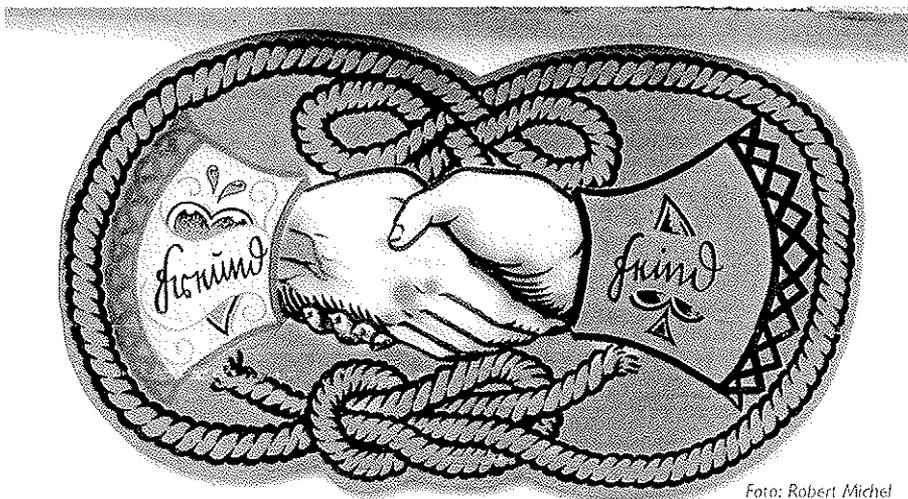


Foto: Robert Michel

<sup>1</sup> Integrierter Rahmenaktionsplan zur Friedens-, Menschenrechts- und Demokratieverziehung, 1995.  
In: <http://www.friedenspaedagogik.de/content/pdf/4442>

Erziehung für Frieden, Menschenrechte und Demokratie durchgehend einbezogen werden.« Obwohl die Mitgliedsstaaten der UNESCO dieses Dokument unterzeichnet haben, ist von einer Umsetzung dieser Empfehlungen in nationale Bildungspolitik kaum etwas zu bemerken.

Größeres Echo hat der »Delors-Bericht« an die UNESCO erfahren. Die von Jacques Delors herausgegebene Studie »Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum«<sup>2</sup> setzt sich das Ziel, Bildung vor dem Hintergrund der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts neu zu definieren, globale Trends aufzuzeigen und Entscheidungsgrundlagen für BildungspolitikernInnen zu erarbeiten. Obwohl der Delors-Bericht viele Konzepte entwickelt, die für eine (neo-)liberale Bildungspolitik verwendet werden, ist er in einem Punkt doch sehr eindeutig: Die Globalisierung erfordere ein Konzept von Bildung als Erziehung für ein friedliches Zusammenleben in der Weltgesellschaft: »Die weitreichenden Veränderungen der traditionellen Lebensstile verlangen von uns, zu lernen, andere Menschen und die Welt im Gesamten besser zu verstehen. Gegenseitiges Verständnis, friedlicher Austausch und natürlich Harmonie sind gefragt; gerade an diesen Dingen mangelt es unserer Welt heute am meisten.« (Delors 1997, S. 18).

Eine weitere ExpertInnengruppe, deren Auftrag nicht speziell bildungspolitischer Natur war, kommt zu ähnlichen Bewertungen bezüglich Bildung. Die 2006 von Kofi Annan eingesetzte UNO-ExpertInnengruppe (High-Level Group/HLG<sup>3</sup>) für einen Dialog der Kulturen sieht Bildung als einen ganz wesentlichen Faktor für den Dialog und schlägt eine Bildungsreform vor, deren Kernpunkt »holistic and integrated education approaches« sein müssten. Die ExpertInnen kritisieren die zu starke Konzentration auf »technical and skills-based education«. Dadurch kämen soziales Lernen und kulturelle Bildung zu kurz. Eine ganzheitliche Bildung sei aber die Voraussetzung für die Entwicklung von »critical thinking, interpretive, and adaptive skills which are increasingly important in a world of increasing complexity and diversity« (HLG 2006, S. 36).

## **Friedenspädagogik als transformative Bildung**

Friedenspädagogik ist mehr bzw. etwas anderes als die bloße Theoretisierung (außer)schulischer Unterrichtsaktivitäten für ein friedliches Zusammenleben. Sie ist vielmehr Kernbestandteil einer »Kultur des Friedens«, jenes säkularen Programms einer friedlichen Umwälzung der gesellschaftlichen Verhaltensweisen, Strukturen und Machtverhältnisse, das erst nachhaltigen sowie dauerhaften sozialen und politischen Frieden, das heißt eine nicht-gewalttätige Austragung von Konflikten, ermöglicht. Friedenspädago-

gik beschäftigt sich mit gesamtgesellschaftlichen Lernprozessen in Richtung Gewaltfreiheit. Sie ist letztlich eine Wissenschaft davon, wie Gesellschaften lernen (können), über sich selbst hinauszuwachsen.

Kultur des Friedens bringt die Einsicht zum Ausdruck, dass der gesellschaftliche Wandel in Richtung Frieden viel tief greifender ist als die bloße Veränderung politischer Strukturen. Er muss vielmehr auch die Verhaltensweisen, Gewohnheiten, Überzeugungen, Ideologien und Theorien der Menschen erfassen, die tiefenkulturell verankert sind.

Friedenspädagogik versteht sich deshalb nicht als formatives, sondern als transformatives Unternehmen, d. h. es geht ihr nicht um die Anpassung der Lernenden an den Status quo der Kultur der Gewalt, sondern um ihre Befähigung, diesen Status auch zu ändern.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer innovativen Friedenspädagogik, die sich weder darauf beschränkt, moralische Richtlinien zu definieren, noch darauf, kognitive Kompetenzen zu entwickeln. Friedenserziehung muss kognitives und emotionales Lernen miteinander verbinden und hat schon deshalb einen weiteren Ansatz.

Von einem friedenspädagogischen Standpunkt besteht aller Grund, die jeweilige didaktische Situation zunächst einmal so hinzunehmen, wie sie ist, ohne gleich jemanden bessern zu wollen. Es geht vielmehr darum, die Lernenden das Thema selbst von verschiedenen Seiten her erforschen zu lassen, indem man ihnen, je nach Altersstufe und Fähigkeiten, passende Materialien zur Verfügung stellt bzw. außerschulische Lernräume bereitstellt. Diese Erforschung muss – ebenfalls in geeigneter Weise – auch als Selbsterforschung angelegt sein: Wie geht es mir selbst in der Begegnung mit Fremden? Welche Gefühle von RassistInnen kann ich gut verstehen? Worin haben auch diejenigen recht, mit denen ich sonst nicht übereinstimme? Wenn es gelingt, Szenarien zu entwickeln, bei denen sich die Lernenden auf diese und ähnliche Fragen einlassen, dann ist bereits ein erster Schritt dazu getan, auch in die Tiefenkultur gesellschaftlicher Fragen vorzudringen. Friedenspädagogik kann nur dann transformativ wirken, wenn sie selbst mit friedlichen Mitteln vorgeht. Sie muss die Möglichkeiten bereitstellen, dass Menschen selbst Einsichten erwerben. Dass dies ein Unternehmen ist, dessen Erfolg nicht von vornherein feststeht, hat die Geschichte der Friedenspädagogik gezeigt. Doch einfacher und billiger sind friedenspädagogische Lernprozesse nicht zu haben.

**von Prof. Dr. Werner Wintersteiner**

*Friedenspädagoge und Deutschdidaktiker  
Leiter des Zentrums für Friedensforschung und  
Friedenspädagogik an der Fakultät für Kultur-  
wissenschaften der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt*



Eine ausführliche Version dieses stark gekürzten Beitrages, der in voller Länge in der Publikation »FriedensWarte« erschienen ist, gibt es auf unserer Homepage unter [www.gew-bayern.de](http://www.gew-bayern.de). Bitte auch beachten: Porträt der Zeitschrift FriedensWarte, der wir für die Veröffentlichungsrechte danken, in unserer Rubrik »Dies und Das« auf Seite 28.

<sup>2</sup> Delors, Jacques (Hg.) (1997): Lernfähigkeit: Unser verborgener Reichtum. UNESCO-Bericht zur Bildung für das 21. Jahrhundert. Berlin, Luchterhand (Original: 1996).

<sup>3</sup> High-Level Group of the Alliance of Civilizations Release Report. In: [http://www.un-ngls.org/site/article.php?id\\_article=170](http://www.un-ngls.org/site/article.php?id_article=170)

## Neue SoldatInnen braucht das Land

Wenn die Bevölkerung von der Realität des Krieges abgeschreckt ist, versuchen Politik und Militär – auch flankiert von den Medien –, sie mit einem bewährten Mittel umzustimmen: der Propaganda.

Bei der Bundeswehr und dem Krieg in Afghanistan – der laut dem ehemaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) auch nur »umgangssprachlich« ein Krieg ist – ist das nicht anders. Tatsachen werden verdreht, Fakten beschönigt und die Jüngsten in der Bevölkerung versucht man, für das Militär zu begeistern.

Schon lange beschäftigt sich Michael Schulze von Glaßer mit der Öffentlichkeitsarbeit und der Nachwuchsrekrutierung der Bundeswehr – im letzten Jahr hat er ein Buch darüber geschrieben.

Nach einer Einführung, in der geklärt wird, warum die deutsche Armee an ihrem

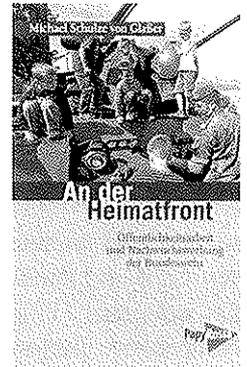
Image arbeitet und neues Personal sucht, werden die drei Säulen der Bundeswehr – Öffentlichkeitsarbeit und –Nachwuchswerbung detailliert behandelt:

Bei eigenen Veranstaltungen im öffentlichen Raum, bei eigens organisierten Jugendsportfesten oder bei »Tagen der offenen Tür« kann sie sich nach Belieben präsentieren. Eigens von ihr entwickelte Medien sollen insbesondere potenzielle RekrutInnen für den Dienst an der Waffe begeistern: eine Jugendzeitung, Schulmagazine, Rekrutierungsportale im Internet, auf Jugendliche zugeschnittene Computerspiele. Wo sie nicht direkt werben kann, schaltet die Armee Reklame in zivilen Medien. Ob im Jugendmagazin BRAVO, der bundesweiten SchülerInnenzeitung SPIES-SER oder im Radio. Auch Spielfilmproduktionen und Fernsehdokumentationen werden unterstützt.

Michael Schulze von  
Glaßer:

An der Heimatfront.  
Öffentlichkeitsarbeit  
und Nachwuchswer-  
bung der Bundeswehr.  
PapyRossa-Verlag  
Köln 2010  
260 Seiten  
16,00 EUR

ISBN: 978-3-89438-442-5



Danach wird ein kurzer Überblick über die Werbetätigkeit der US-Armee gegeben, um sie mit der deutschen vergleichen zu können und einzuschätzen, was hierzulande möglicherweise noch bevorsteht. Den Abschluss des Buches bildet eine umfassende Kritik am »Kampf an der Heimatfront« der Bundeswehr. *sg/red*

### GEW-Homepage nutzen!

Auf der Homepage der Bundes-GEW finden sich unter

<http://www.gew.de/bundeswehr.html>

[http://www.gew.de/Unterrichtsmaterialien\\_2.html#Section42961](http://www.gew.de/Unterrichtsmaterialien_2.html#Section42961)

[http://www.gew.de/GEW-Landesverbaende\\_zum\\_Thema\\_Bundeswehr\\_und\\_Schulen.html](http://www.gew.de/GEW-Landesverbaende_zum_Thema_Bundeswehr_und_Schulen.html)

eine Vielzahl von Hinweisen, Materialien und weiterführenden Links

Siehe auch: [www.imi-online.de](http://www.imi-online.de)

Die Homepage der Informationsstelle Militarisierung e. V. bietet zahlreiche Informationen und weiterführende Links.

Der AK »Friedliche Schule und Hochschule« des GEW-Stadtverbands München und ver.di-Fachbereichs 05 laden alle Interessierten zur Vernetzung gemeinsamer Arbeit zu einer Veranstaltung ein:

### Schule und Hochschule ohne Militär

am 23.11.2011 um 18.00 Uhr in München  
im DGB-Haus, Schwanthalerstr. 64 (Großer Saal)

- Wie reagieren wir LehrerInnen auf die vermehrte Werbung der Bundeswehr an Schule und Hochschule nach Abschaffung der Wehrpflicht? – ReferentInnen berichten von ihren Bemühungen um eine friedliche Schule und Hochschule.
- Welche Auswirkungen haben die neuen »Verteidigungspolitischen Richtlinien« auf die Möglichkeiten der Erziehung zum Frieden? – Was wir einem militärischen Weltbild entgegengesetzt wollen.

Im Anschluss: Diskussion zu den Erfahrungen gewerkschaftlicher Arbeit gegen Militarisierung von Schule und Hochschule.

Nach der Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr: Schließt Euch zusammen für eine friedliche Welt ohne Krieg!

Unterstützer: Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA) München, DFG-VK Bildungswerk München

### Zehn Jahre Krieg in Afghanistan

Freitag, 7.10.2011, 19.30 Uhr,

im Gewerkschaftshaus München, Schwanthalerstr. 64 mit

- Andreas Zumach (Journalist, Genf): Bundeswehr in Afghanistan
- Andre Shepherd, US-Deserteur, Bericht über seine Verweigerung und seinen Asylantrag in Deutschland
- Joe Glenton, britischer Soldat und Verweigerer, über seine Motive und Verweigerung

Veranstalter:

DFG-VK, HMV-Bildungswerk, Connection e. V., Münchner Friedensbündnis, DGB-Region München; GfW und ver.di sowie weitere MitveranstalterInnen sind angefragt.

Für Rückfragen: Thomas Rödl, Tel.: 89 62 34 46

### Connection e. V.

In vielen Ländern werden Menschen für den Krieg zwangsweise rekrutiert. Verweigerer werden diskriminiert und verfolgt. Der seit 1993 bestehende Verein Connection tritt auf internationaler Ebene für ein umfassendes Recht auf Kriegsdienstverweigerung ein und arbeitet mit Gruppen zusammen, die sich gegen Krieg, Militär und Wehrpflicht engagieren. Es bestehen Kontakte zu Gruppen in Europa, der Türkei, den USA, Israel, Algerien, Lateinamerika und Afrika.

Die prekäre Situation im Herkunftsland zwingt viele Kriegsdienstverweigerer zur Flucht. Die Verweigerung wird jedoch zumeist nicht als Asylgrund anerkannt. Connection e. V. fordert Asyl für Kriegsdienstverweigerer aus Kriegsgebieten. Der Verein bietet Flüchtlingen Beratung und Information an. Er setzt sich für die Selbstorganisation von Flüchtlingen ein.

Connection e. V. ist Träger des Aachener Friedenspreises, des Sigmund-Schulz-Förderpreises und des Förderpreises der Martin-Niemöller-Stiftung.

Veranstaltungs- und Aktionsangebote finden sich auf:  
[www.connection-ev.de](http://www.connection-ev.de)